

Zwischen Krisen und Transformation

Staatsinterventionen im Schatten eines neuen Akkumulationsregimes?

1. Einleitung

Der vorliegende Beitrag liefert eine vergleichende Skizze wesentlicher wirtschafts- und finanzpolitischer Maßnahmen in den USA und der Bundesrepublik Deutschland im Zuge der andauernden Krisen der letzten Jahre.¹ Dabei konzentriert er sich zum einen auf die unmittelbaren Reaktionen auf den durch die COVID-19-Pandemie verursachten simultanen Nachfrage- und Angebotsschock. Zum anderen bezieht er ebenfalls die mittel- bis langfristigen Programme zur Bearbeitung des Transformationsdrucks der kapitalistischen Volkswirtschaften mit ein und versteht diesen als ein Zusammenspiel länger wirkender Trends mit sich zuspitzenden und akut verstärkten Dynamiken. Zentral ist dabei die Frage, ob sich infolge der sog. Vielfachkrise (Demirović et al. 2011) möglicherweise die Herausarbeitung eines neuen Akkumulationsregimes erkennen lässt, welches als »Grüner Kapitalismus« durch ein längerfristig stabiles Institutionengefüge gekennzeichnet ist. Neben diesem Längsschnitt soll durch eine ländervergleichende Querschnittsperspektive herausgearbeitet werden, inwiefern die Reaktionen unterschiedlicher kapitalistischer Ökonomien bestehenden institutionellen Gefügen und Wachstumsmodellen entsprechen (Pfadabhängigkeit), und ob sich diese gegebenenfalls im Licht des möglichen neuen Akkumulationsregimes anpassen (Pfadwechsel). Dabei ist zu beachten, dass sich bereits vor dem Ausbruch von COVID-19 viele Ökonomien der Eurozone mit einer sich abschwächenden wirtschaftlichen Entwicklung konfrontiert sahen, welche die langfristige Stabilität des finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregimes nach der Globalen Finanzkrise (2008/09) und der Eurokrise (2010-2015) infrage stellte.

Die im Zuge der russischen Invasion der Ukraine und des fortdauernden Kriegs seit Februar 2022 verabschiedeten wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen werden hinsichtlich ihrer beschleunigenden oder verlangsamenden Effekte auf die mögliche kapitalistische Transformation berücksichtigt. Aufgrund der Vielzahl und Komplexität einzelner Maßnahmen und Pakete muss der vorliegende Überblick notwendigerweise kursorischen Charakters sein. Anstelle einer vollständigen Aufzählung steht die wesentliche Stoßrichtung und deren analytische Einordnung im Zentrum. Die Auswahl der zu vergleichenden Wirtschaftsräume ergibt sich aus der gegensätzlichen Klassifikation Deutschlands und der USA in den unterschiedlichen Theorien der Vergleichenden Kapitalismusanalyse, in denen beide Länder jeweils idealtypisch für bestimmte institutionelle Konfiguration und Wachstumsmodelle stehen.

1 Der Text basiert auf einem Vortrag auf der Marxistischen Studienwoche 2023.

Die Bearbeitung der Fragestellung erfolgt in vier weiteren Schritten: Zuerst erläutert der nachfolgende Abschnitt 2 kurz die wesentlichen Merkmale der Regulationstheorie sowie des Wachstumsmodellansatzes der Vergleichenden Politischen Ökonomie und formuliert analytische Leitfragen. Er legt damit die theoretisch-konzeptionelle Grundlage für den späteren Quer- und Längsschnittvergleich. Im Anschluss daran präsentiert Abschnitt 3 nacheinander die wesentlichen Hilfspakete und Maßnahmen in den zu untersuchenden Fällen (USA und Deutschland). Der abschließenden Abschnitt 4 interpretiert die Ergebnisse im Lichte der konzeptionellen Grundlage sowie der Leitfragen und nimmt eine vorläufige Einordnung vor.

2. Kapitalistische politische Ökonomien im Querschnitt und über die Zeit

Um die Entwicklung des Kapitalismus in ihrer historischen Dynamik zu verstehen, bietet die Regulationstheorie ein vielfältiges, wenn auch teils nicht immer leicht zu durchdringendes Instrumentarium an. Sie entstand Mitte der 1970er Jahre in Frankreich und wurde maßgeblich durch Michel Agliettas Arbeit »*Régulation et crises du capitalisme*«¹ initiiert (Aglietta 2015). Die Regulationstheorie erweist sich als besonders hilfreich für die diachrone Analyse kapitalistischer Ökonomien, da sie davon ausgeht, dass der Kapitalismus am besten als eine Abfolge voneinander getrennter Phasen verstanden werden kann (Akkumulationsregime). Diese Phasen sind einerseits durch bestimmte Formen der materiellen Produktion gekennzeichnet, in denen etwa bestimmte Wirtschaftssektoren dominieren und sich wirtschaftliche Trends und Muster herausbilden (Akkumulationsweise). Andererseits sind die unterschiedlichen Phasen ebenso durch jeweils spezifische politische, rechtliche und sozio-ökonomische Institutionen geprägt, die die Kapitalakkumulation einbetten (Regulationsweise). Auf diese Weise bearbeitet das gesellschaftliche Institutionengefüge die inhärenten Fliehkräfte und Widersprüche des Akkumulationsprozesses und garantiert so eine Phase relativer Stabilität (Brenner und Glick 1991). Dabei ist festzuhalten, dass zwischen einzelnen Ökonomien durchaus unterschiedliche Ausprägungen und Akzentuierungen im Bereich der materiellen Produktion und der korrespondierenden Institutionengefüge existieren, diese aber immer im Kontext des jeweils vorherrschenden übergreifenden Akkumulationsregimes betrachtet werden müssen. Vereinfacht gesagt lässt sich mit der Regulationstheorie jede Phase des Kapitalismus auf die Formel bringen: Akkumulationsregime = Akkumulationsweise + Regulationsweise.

Für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg lassen sich bislang zwei unterschiedliche Akkumulationsregime identifizieren. Zum einen das Regime des Fordismus (ca. 1945–1980) und zum anderen das Regime des Finanzmarktkapitalismus (ca. 1980–2015). Dabei ist hervorzuheben, dass diese Abgrenzungen nicht immer trennscharf datiert werden können. Es existieren Übergangsphasen und Inkonsistenzen, welche unter Bezugnahme auf Antonio Gramsci auch als Interregna

infolge organischer Krisen zu verstehen sind (Sablowski 2012). Außerdem bleibt es umstritten, inwiefern wir gegenwärtig wirklich in einer neuen Phase des Übergangs leben bzw. wie grundlegend (im Sinne eines neuen Akkumulationsregimes) dieser sein wird. Mit Joachim Becker (2009) kann die Akkumulationsweise selbst nochmals in drei Dimensionen unterteilt werden. Für den Fordismus lässt sich eine Kombination aus industrieller Massenproduktion (produktiv), Expansion des Kapitalstocks (intensiv) und verallgemeinerten Binnenkonsum (intravertiert) identifizieren. Für die Phase des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus korrespondiert dies mit einer relativen Dominanz flexibler Dienstleistungen unter Führung des Finanzsektors als Folge säkularer Deindustrialisierung und Tertiärisierung (finanzialisiert), einer verstärkten Kommodifizierung durch Inwertsetzung vormals nicht-marktlicher Bereiche etwa in Form von Privatisierungen und Liberalisierung (extensiv), sowie der allgemeinen Weltmarktorientierung nach dem Ende des Kalten Kriegs durch die Integration Chinas, des post-sowjetischen Raums und anderer Schwellenländer, besonders zur Vertiefung liberaler globaler Handelsbeziehungen und Wertschöpfungsketten (extravertiert). All dies erzeugt und verstetigt Widersprüche, die als Strukturkonflikte bearbeitet werden müssen, um gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Stabilität innerhalb eines Akkumulationsregimes zu garantieren. Im Anschluss an Aglietta weist Joachim Becker (2009) dabei besonders auf das Konkurrenzverhältnis (Kapital vs. Kapital), das Lohnverhältnis (Kapital vs. Arbeit), sowie das Geldverhältnis hin. Zusammengefasst dominierte im Akkumulationsregime des Fordismus eine Regulationsweise, die die industrielle Massenproduktion durch einheimischen Massenkonsum abstützte. Entsprechend war das Kapital-Arbeit-Verhältnis stärker korporatistisch institutionalisiert und zusätzlich durch einen umfangreicheren Wohlfahrtsstaat amalgamiert. Zwischen einzelnen Kapitalfraktionen wurde Kooperation bei begrenztem Wettbewerb unter Führung des Industriesektors betont. Dies lässt sich u. a. durch die Vielzahl an Unternehmensverflechtungen, die wechselseitige Kontrolle großer Firmen, ein höheres Maß staatlicher Beteiligungen, sowie vertikal integrierte Produktionsketten (Zuliefererbetriebe) charakterisieren. Geld- und Fiskalpolitik war dabei besonders auf Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung ausgelegt. Im Zuge des Wandels hin zum finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregime ändert sich auch die Regulationsweise. Sowohl das Kapital-Arbeit-Verhältnis, als auch die Beziehungen zwischen den Kapitalfraktionen und Unternehmen wurden deutlich konfliktreicher. An die Stelle des durch hohe Löhne und wohlfahrtsstaatliche Leistungen stimulierten Massenkonsums traten entweder Konsumzurückhaltung und/oder gestiegene Privatverschuldung. Unter Führung des Finanzsektors und seiner Praktiken erhielten nicht nur neue Technologien und Dienstleistungen Auftrieb. Vielmehr vollzog sich eine grundlegende Neuausrichtung entlang der Imperative des Shareholder-Value-Modells inklusive feindlicher Übernahmen, neuen (internationalen) Anteilseignern, explodierenden Vorstandsgehältern und einem allgemeinen Druck auf die Beschäftigten. Der Fokus auf Inflationsbekämpfung versinnbildlicht die

einseitige Orientierung der Geldpolitik in den meisten kapitalistischen Ökonomien zu dieser Zeit (Blyth und Matthijs 2017).

Für die Einordnung der wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen zur Krisenbearbeitung der vergangenen Jahre lassen sich demzufolge unter Bezugnahme auf die Regulationstheorie vor allem drei Fragen formulieren. 1. Verschiebt sich das sektorale Zentrum der Akkumulation und ergibt sich eine neue intersektorale Allianz? 2. Wie entwickeln sich die unterschiedlichen Dimensionen der Akkumulation wie etwa das Spannungsfeld von Binnenzentrierung versus Weltmarktorientierung? 3. Welche Regulationsweise zur Einhegung der Konflikte kann identifiziert werden?

Der Ansatz der Wachstumsmodelle in der Vergleichenden Politischen Ökonomie betont die Varianz zwischen unterschiedlichen kapitalistischen Volkswirtschaften innerhalb eines übergreifenden Akkumulationsregimes. Seine zwischenstaatliche Perspektive liefert ein wichtiges Analyseraster für einen Querschnittsvergleich. Der Wachstumsmodellansatz verhält sich also auf eine gewisse Weise komplementär zur Längsschnittperspektive der Regulationstheorie. Obwohl der Ansatz auf ältere Diskussionen des Neo-Korporatismus oder der Wohlfahrtsstaatsforschung Bezug nimmt, wurde er erst in den letzten Jahren maßgeblich formuliert und popularisiert (Baccaro und Pontusson 2018; Baccaro und Höpner 2022). Charakteristisch für den Ansatz ist dabei ein makroökonomisch inspirierter Rahmen, der zur Einordnung post-fordistischer Wachstumsmodelle besonders auf den Beiträgen des polnischen Ökonomen Michał Kalecki (1899-1970) fußt. Zentral ist dabei einerseits die Nachfrageorientierung als Wachstumstreiber der Volkswirtschaft, sowie andererseits die Betonung grundlegender Verteilungskonflikte sowohl zwischen Kapital und Arbeit, als auch zwischen unterschiedlichen Kapitalfraktionen. Basierend darauf lautet die Ausgangsfrage des Ansatzes mithilfe derer er unterschiedliche Wachstumsmodelle zu identifizieren sucht: Wie haben entwickelte kapitalistische politische Ökonomien nach dem Ende des Fordismus auf den Wegfall der Löhne als Wachstumstreiber reagiert? Dies ist von besonderer Bedeutung zum Verständnis nationaler Wachstumspfade, da die Schwächung der organisierten Arbeiterklasse und ihrer Institutionen ein wesentliches Merkmal des Übergangs vom fordistischen zum finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregime darstellt. So sank etwa der bereinigte Anteil der Löhne und Gehälter am Bruttoinlandsprodukt in den USA und Deutschland von gut 63% in den 1970er Jahren auf rund 57% in 2022 (AMECO-Datenbank 2023). Aufgrund der enormen Größe des BIP als Basiswert wären bei einer gleichbleibenden Lohnquote auf dem Stand von 1974 im vergangenen Jahr in Deutschland ca. 210 Mrd. Euro mehr von Kapital zu Arbeit umverteilt worden. Makroökonomisch sind mehrere Reaktionen auf dieses besonders seit 1990 eintretende Wegbrechen der Löhne denkbar. So kann Nachfrage entweder über schulden- statt lohnfinanzierten Konsum generiert werden. Diesen Weg haben die USA und andere Ökonomien mit einem starken Finanzsektor eingeschlagen. Eine weitere Option ist die Verlagerung der Nachfrage ins Ausland und die damit einherge-

hende Begrenzung von Konsum und Löhnen im Inland zur Stabilisierung des realen effektiven Wechselkurses. Solch ein exportgetriebenes Wachstumsmodell hat sich u. a. in Deutschland in seiner extremsten Form herausgebildet. Schließlich sind auch noch eine Balance zwischen Export und Inlandskonsum (Schweden), staatlich generierte Nachfrage (im Postfordismus nicht vorherrschend) und dysfunktionale Modelle (Italien) denkbar (Baccaro und Pontusson 2018). Es ist wichtig festzuhalten, dass diese Modelle jeweils auf komplexen internen Vorbedingungen, historischen Institutionen und einem spezifischen internationalen Kontext mit entsprechender Einbettung beruhen (Baccaro und Höpner 2022). Sie können daher nicht rein »technisch« hergeleitet werden, sondern sind immer das Resultat politischer und sozio-ökonomischer Auseinandersetzungen im Sinne einer temporären Stabilisierung. Dennoch impliziert das Vorhandensein eines spezifischen Wachstumsmodells, dass bestimmte Optionen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik mehr oder weniger umstritten und daher auch mehr oder weniger wahrscheinlich sind.

Für die vorliegende vergleichende Einordnung der wirtschafts- und finanzpolitischen Krisenbearbeitungen lassen sich unter Rückgriff auf die Wachstumsmodellperspektive folgende beiden Leitfragen formulieren: 1. Ändern sich nationale Wachstumstreiber und woher kommt die Nachfrage? 2. Wie stellen sich die Verteilungskonflikte zwischen Kapital und Arbeit, sowie innerhalb der Arbeiter- und Kapitalistenklasse dar?

3. Wirtschafts- und finanzpolitische Krisenbearbeitung im Vergleich

Im Lichte der auf Grundlage von Regulationstheorie und Wachstumsmodellperspektive formulierten fünf Leitfragen sollen nun wesentliche wirtschafts- und finanzpolitische Pakete zur Krisenbearbeitung untersucht werden. Dabei werden zunächst die Kernelemente der Maßnahmen in den einzelnen Volkswirtschaften bzw. Wirtschaftsräumen vorgestellt, bevor anschließend eine vergleichende Einordnung sowie ein Ausblick erfolgen.

3.1 Die USA

Die Pakete der US-Regierung zur Krisenbearbeitung sind von Umfang und Komplexität gewaltig und stellen bei weitem die größte bundesstaatliche Intervention in die US-Ökonomie seit dem New Deal der Großen Depression der 1930er Jahre dar. Rechnet man den Gesamtumfang der in Tabelle 1 zusammengestellten zentralen Pakete der Jahre 2020-22 zusammen und setzt ihn in Relation zum kumulierten Bruttoinlandsprodukt der USA im selben Zeitraum, so ergibt sich ein Volumen von mehr als 13% der Wirtschaftsleistung², welches sich auf mehrere Jahre verteilt und jeweils anteilig mobilisiert werden soll. Bei genauerer Betrachtung lassen sich die Pakete grob in drei Phasen mit einer jeweils spezifischen Zielstel-

2 Andere Beobachter sprechen sogar von einem Umfang von 25% der Wirtschaftsleistung (Durand 2021).

lung einteilen. Die erste Phase umfasst den Zeitraum der COVID-19-Pandemie vom Beginn des Jahres 2020 bis zur Mitte des Folgejahres. Während dieser Zeit implementierte zunächst die Trump-Administration mit dem »CARES Act« vom März 2020 und danach die Biden-Regierung mit dem »American Rescue Plan Act« ein Jahr später zwei Pakete, die die unmittelbaren finanziellen Auswirkungen der Pandemie für Beschäftigte und Unternehmen abzumildern suchten. Im Zentrum standen dabei die zeitweilige Öffnung und Expansion des rudimentären amerikanischen Wohlfahrtsstaats, sowie Hilfen für Unternehmen und Selbstständige – wenn auch größtenteils unter Reproduktion bestehender eingeschriebener Ungleichheiten vor dem Hintergrund des amerikanischen Finanzsystems (Cassell et al. 2023).

Tab. 1: Ausgewählte Maßnahmen zur Krisenbearbeitung in den USA, 2020–2022

Nr.	Paket	Umfang	Maßnahmen (Auswahl)
(01)	CARES Act (03/2020)	2.200 Mrd. \$	Einmalzahlungen an Steuerpflichtige, Kredite und Zuschüsse für Unternehmen und Selbstständige, Bundesstaaten und Kommunen, erhöhtes Arbeitslosengeld.
(02)	American Rescue Plan Act (03/2021)	1.900 Mrd. \$	Arbeitslosengeld, Steuervergünstigungen für Familien, Reduktion der Studienschulden, Unterstützung für Restaurants, Bildungseinrichtungen, Verkehrsunternehmen und Kommunen.
(03)	Infrastructure Investment and Jobs Act (11/2021)	1.200 Mrd. \$	Investitionen in Wasserwege, Brücken, Straßen, Schienenverkehr, ÖPNV, Abwassersysteme, Stromnetze, Recycling.
(04)	CHIPS and Science Act (08/2022)	280 Mrd. \$	Geostrategische industriepolitische Initiative in Form direkter Subventionen, Steuervergünstigungen und Forschungsausgaben zum »Re-Shoring« und Ausbau der einheimischen Halbleiterindustrie.
(05)	Inflation Reduction Act (08/2022)	890 Mrd. \$	Mindestsatz bei der Unternehmenssteuer von 15%, Senkung der Medikamentenpreise (u. a. Insulin), Sondersteuer von 1% auf Aktienrückkäufe, bessere Ausstattung der Finanzämter. Förderung vor allem privater Investitionen in grüne Technologien, Infrastruktur und Mobilität.

Quelle: eigene Zusammenstellung auf Basis des United States Government Publishing Office (GPO) (GovInfo 2023).

Weiterhin wurden Kommunen und Bundesstaaten finanziell unterstützt, um die aus den Einschränkungen der Pandemie resultierenden Einnahmeausfälle besser zu kompensieren. Die zweite Phase schließt mit der Verbreitung der Impfstoffe und dem Ausklingen der gefährlichsten Auswirkungen der Pandemie. Der im November 2021 verabschiedete »Infrastructure Investment and Jobs Act« steht beispielhaft dafür. Er ist das Ergebnis parteiübergreifender Verhandlungen und stellt eine stark reduzierte Variante zweier Säulen des ursprünglichen »Build Back

Better Plan« dar. Im Wesentlichen soll damit die jahrzehntelang vernachlässigte US-amerikanische Infrastruktur modernisiert werden. Dabei geht es vor allem darum, wirtschaftliche Tätigkeit weiterhin zu ermöglichen und weniger um eine ökonomische Transformation als solche.

So beinhaltet der »Infrastructure and Investment Act« eine Reihe von Vorhaben zur Wiederinstandsetzung von Brücken, Straßen und Wasserwegen, der Schieneninfrastruktur für Passagier- und Güterverkehr, des Strom- und Wasser- netzes, sowie des Hochgeschwindigkeitsinternets. Die dritte und vielleicht folgenreichste Phase im Sinne einer möglichen Transformation des Akkumulations- regimes bzw. eines Pfadwechsels des US-amerikanischen Wachstumsmodells sind die ab Sommer 2022 verabschiedeten Pakete. Exemplarisch können hier der »Inflation Reduction Act« und der »CHIPS and Science Act« herangezogen werden. Neben einigen immer noch zaghaften, jedoch nicht zu unterschätzenden Teilmaßnahmen im Bereich der Steuer und Gesundheitspolitik ist die hauptsächliche Stoßrichtung dieser beiden Pakete nichts Geringeres als der Wiederaufbau industrieller Produktionskapazitäten in den USA. Dies wird mit einer verschärften geostrategischen Positionierung gegenüber China kombiniert – vor allem im Bereich der Informationstechnologie, aber auch hinsichtlich der Beschaffung von Rohstoffen (z. B. für die Halbleiterproduktion), im Bereich der erneuerbaren Energien und bei der Batterieproduktion (Swanson 2023).

3.2 Deutschland

Wie die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« im Frühjahr 2023 unter Berufung auf einen Bericht des Bundesfinanzministeriums berichtete, hat der Bund zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in den Jahren 2020–2022 insgesamt 440 Milliarden Euro ausgegeben (FAZ 2023). Auch wenn diese Aufstellung alle Leistungen der Bundesländer und Kommunen ausschließt und auch Rückflüsse und Umwidmungen im Bundeshaushalt unberücksichtigt lässt, so zeigt diese Schätzung eine zwar auf den ersten Blick beeindruckende, bei genauerem Hinsehen jedoch deutlich kleinere finanz- und wirtschaftspolitische Intervention als in den Vereinigten Staaten. Setzt man die o. a. Mittel in Relation zur Wirtschaftsleistung der Dreijahresperiode so ergibt sich mit rund 4 % nur ein Drittel der Gesamtausgaben der US-Regierung. Obwohl sich die Wirksamkeit oder Angemessenheit solche Pakete nicht alleine am Umfang bemessen lässt, gibt dies dennoch einen ersten Hinweis über die bereits vor der Pandemie vorherrschende zaghafte Interventions- und Investitionstätigkeit des Bundes. Ein Fakt, der aufgrund des jüngsten Haushaltsstreits in der Bundesregierung oftmals in Vergessenheit gerät. Wie auch in den USA lassen sich die deutschen Pakete zur finanz- und wirtschaftspolitischen Krisenbearbeitung grob in unterschiedliche Phasen einteilen. Sie weisen dabei aber eine teilweise andere Akzentuierung auf.

Tab. 2: Ausgewählte Maßnahmen zur Krisenbearbeitung in Deutschland, 2020–2022

Paket	Umfang	Maßnahmen (Auswahl)
Konjunktur- und Zukunftspaket (06/2020)	130 Mrd. €	Temporäre Senkung der Mehrwertsteuer, Kinderbonus, Absenkung der EEG-Umlage, Forschungsförderung (»Mit Wumms aus der Krise«).
Kurzarbeitergeld (2020-22)	46 Mrd. €	Erweiterung und Vereinfachung eines sog. automatischen Stabilisators.
Sofort-, Überbrückungs- und Neustarthilfen (2020-22)	72 Mrd. €	Über 5 Millionen Anträge zur Teilkompensation von Einnahmearausfällen, Wiedereinstellung von Personal, Umbau der Betriebsstätten usw.
Maßnahmen zur Liquiditätssicherung (2020-22)	80 Mrd. €	KfW-Sonderprogramm als vergünstigte Kredite für Kleine- und Mittlere Unternehmen, sowie Start-Ups. Zusätzlich direkte Kapitalisierung von Großunternehmen über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) (Bspw. TUI, Lufthansa, GALERIA Karstadt Kaufhof, MV Werften).
Entlastungspakete III (seit Frühjahr 2022)	95 Mrd. €	Temporäre Mehrwertsteuersenkungen auf Kraftstoffpreise, 9-Euro-Ticket bzw. Deutschland-Ticket, Inflationsausgleichsprämien (teilw. optional), Einmalzahlungen, Strom-, Gas- und Wärmepreisbremse, verschiedene steuerliche Vergünstigungen etc. (»Doppel-Wumms«).

Quelle: eigene Zusammenstellung auf Basis des United States Government Publishing Office (GPO) (GovInfo 2023).

Die erste Phase, welche sich durch mehrere Verlängerungen einzelner Maßnahmen vom Beginn der Pandemie in 2020 bis ins Jahr 2022 zog, versuchte simultan auf den durch COVID-19 ausgelösten Angebots- und Nachfrageschock zu reagieren. Dabei sind besonders das »Konjunktur- und Zukunftspaket« aus dem Juni 2020, diverse Sofort-, Überbrückungs- und Neustarthilfen für Unternehmen und Beschäftigte, sowie Maßnahmen zur Liquiditätssicherung im Unternehmenssektor zu nennen. Neben kostspieligen und wirtschaftlich größtenteils fragwürdigen temporären Steuersenkungen, konnte Deutschland dabei jedoch anders als die USA auf ein etabliertes System sog. automatischer Stabilisatoren wie etwa das Kurzarbeitergeld zurückgreifen, welche die Krisenbearbeitung deutlich vereinfachen. Zusätzlich ist die herausragende Rolle der KfW als wichtigster staatlicher Förderbank aller entwickelter kapitalistischer Ökonomien zu nennen. Mithilfe unterschiedlicher Sonderprogramme, allesamt implementiert und administriert durch die KfW, konnte besonders dem historischen bank- und eigenfinanzierten industriellen Mittelstand, wie auch kleineren und jüngeren Unternehmen Liquidität garantiert werden (Schwan 2021). Über die Zeit damit verzahnt wurde der 2020 etablierte und unter dem Dach der Finanzagentur des Bundes ansässige »Wirtschaftsstabilisierungsfonds« (WSF) zu einem weiteren zentralen Instrument. Galt sein Zweck anfänglich noch der Beteiligung an besonders pandemie-

betroffenen Unternehmen in den Bereichen Touristik und Einzelhandel, entwickelte er sich später zum zusätzlichen Vehikel zur Abfederung der Energiekrise im Industriesektor ab Herbst 2022 (Finanzagentur 2023).

Dies demarkiert die zweite Phase der Maßnahmenpakete ab 2022. Nach dem Abflachen der direkten Bedrohung durch COVID-19 sah sich die deutsche Ökonomie einerseits mit dem bereits vor der Pandemie proklamierten Ziel einer ökologisch nachhaltigen und technologisch fortgeschrittenen Neuausrichtung konfrontiert. Andererseits stellte besonders der Energiepreisschock im Zuge politischer Reaktionen auf die russische Invasion der Ukraine und der fortdauernden Kriegshandlungen eine bislang kaum bewältigte Herausforderung dar. Neben einer Reihe von Entlastungspaketen seit Frühjahr 2022 mit dem Versuch unterschiedlicher Abmilderungen von Preissteigerungen in den Bereichen Energie und Mobilität, ist vor allem der umgewandelte »Klima- und Transformationsfonds« zu nennen, mit dessen parafiskalischem Sondervermögen bis 2027 weitere Investitionen u. a. in energetische Sanierung, elektrische Mobilität und den Aufbau eines Wasserstoffnetzes finanziert werden sollen.

4. Kritische Einordnung und Ausblick

Wie lassen sich die vorab skizzierten Maßnahmen und Interventionen einordnen? Wo unterscheiden sie sich, wo weisen sie Gemeinsamkeiten auf? Obwohl es sich bei einem überaus komplexen Phänomen wie der sich verschränkenden »Vielfachkrise« um ein moving target handelt, dessen Bewegungsrichtung nur unzureichend zu erfassen ist, können unter Bezugnahme auf die in Abschnitt 2 formulierten Leitfragen einige Einschätzungen und Ausblicke formuliert werden.

Erstens muss trotz der enorm unterschiedlichen Volumina der implementierten Pakete betont werden, dass es sich sowohl in Deutschland als auch in den USA um die historisch wohl umfangreichsten Interventionen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs handelt – zumindest was die reine Quantität der mobilisierten Mittel betrifft. Zweitens ist in beiden Ökonomien ein, wenn auch spezifisch eingebetteter und durch politische Konflikte überlagerter, Trend zu einer Neuausrichtung des Industriesektors zu beobachten. Während dies im Falle der USA besonders durch die Wiederansiedlung verlorengegangener Kapazitäten und eine teilweise Re-Industrialisierung geschehen soll, bedeutet dies für Deutschland vor allem eine drohende De-Industrialisierung zu verhindern und die vorhandenen Exportkapazitäten nachhaltig zu modernisieren. Drittens scheint es, dass eine weitervorschreitende Extensivierung der Akkumulation – und damit eine Inwertsetzung und Vermarktlichung vormals nicht-marktlicher Bereiche z. B. in den Bereichen Gesundheit, Verkehr und Soziales – vorerst beendet ist. Aufgrund der Dominanz finanzmarktbasierter Kanäle – etwa bei der Mobilisierung »grüner Investitionen«, beim Bedeutungszuwachs »nachhaltiger« Institutioneller Investoren und Fonds oder bei den Derivategeschäften großer Industrieunternehmen auf Strompreismärkten – muss wohl eher von einer Hybridisierung und Neukombination unterschiedlicher Dimensionen der Akkumulationsweise gespro-

chen werden. Schließlich liefert fünftens ein Blick auf die Klassenverhältnisse und Allianzen weitere Indikationen für den umkämpften Verlauf der gegenwärtigen Transformation. Dazu gilt es sich nochmals bewusst zu machen, dass all dies in besonderer Weise geostrategisch und sicherheitspolitisch überformt ist. Auf der Seite Deutschlands (und der EU) vor allem durch die Auseinandersetzung mit Russland. Auf Seite der USA durch den sich zuspitzenden Konflikt mit China. Anders als der durch eine starke Arbeiterklasse und Gewerkschaftsbewegung dem Kapital vor dem Hintergrund eines delegitimierten Akkumulationsmodells abgerungene Klassenkompromiss des Fordismus der Nachkriegszeit, ist das sich möglicherweise herausbildende »grüne Akkumulationsmodell« – unabhängig von seiner ökologischen Tragfähigkeit – bislang hauptsächlich ein Produkt einer Allianz zwischen Teilen des alten Industriesektors (Maschinenbau, Autoindustrie usw.) und des (neuen) Hochtechnologiesektors (Hochleistungschips, Batterien,...) unter Ermöglichung des Staates und des Finanzsektors. Anstatt vorhandene oder auch neu geschaffene Kapazitäten für größere Staatsbeteiligungen und eine stärker steuernde Industriepolitik zu nutzen, agiert der Staat als de-risking state bloß indirekt, indem für privates Kapital Risiken minimiert werden. (Gabor, Fertik und Sahay 2023). In den USA wirkt der »Inflation Reduction Act« etwa hauptsächlich über Steuervergünstigungen, Subventionen und Kredite. Und auch Deutschland agiert verstärkt durch die Strukturen der EU samt ihrer Initiativen eines New Green Deals und des Green Deal Industrial Plan – einem »Geschenk an die Konzerne« (Gerasimcikova 2023) – auf sehr ähnliche, unzulängliche Weise (Schneider und Syrovatka 2020, Haas und Jürgens 2021, Schwan 2022). Ob es daher zu einem wirklichen »Bruch mit dem Neoliberalismus« kommen wird, wie ihn Cédric Durand (2021) zumindest im als Bidenomics titulierten wirtschaftspolitischen Programm Joe Bidens in Ansätzen erkennt, wird nicht zuletzt vom Ausgang kommender Kämpfe und Auseinandersetzungen abhängen. Auf partei- und regierungspolitischer Ebene sind fortschrittliche Kräfte in den USA und Deutschland dabei mit ganz unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert, deren Ausgang ungewiss ist. Auf der Ebene der organisierten Arbeiterbewegung lassen zumindest die jüngsten Arbeitskämpfe sowohl diesseits wie jenseits des Atlantiks auf Besserung hoffen.

5. Literatur

- Aglietta, Michel (2015) [1979]. *A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience*. London/New York: Verso.
- Baccaro, Lucio und Jonas Pontusson (2018). Wirtschaftswachstum nach dem Fordismus: Neue Ansätze in der Vergleichenden Politischen Ökonomie. *WSI-Mitteilungen* 71:2, S. 83–95.
- Baccaro, Lucio und Martin Höpner (2022). »The Political-Economic Foundations of Export-Led Growth: An Analysis of the German Case«. In: Lucio Baccaro, Mark Blyth und Jonas Pontusson (Hrsg.), *Diminishing Returns: The New Politics of Growth and Stagnation*, Oxford: Oxford University Press, S. 238–267.

- Becker, Joachim (2009). »Regulationstheorie«. In: Becker, Joachim, Andrea Grisold, Getraude Mikl-Horke u. a. (Hrsg.), *Heterodoxe Ökonomie*, Marburg: Metropolis, S. 89–116.
- Blyth, Mark und Matthias Matthijs (2017). *Black Swans, Lamé Ducks, and the mystery of IPE's missing macroeconomy*. *Review of International Political Economy* 24:2, S. 203–231.
- Brenner, Robert und Mark Glick (1991). *The Regulation Approach: Theory and History*. *New Left Review* I/188, S. 45–119.
- Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (2022). »Sondervermögen 'Klima- und Transformationsfonds'. 170 Milliarden Euro für Energieversorgung und Klimaschutz«, 27. Juli 2022. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/klima-und-transformationsfonds-2065714>
- Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH (Finanzagentur) (2023). *Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF)*. <https://www.deutsche-finanzagentur.de/wsf/wirtschaftsstabilisierungsfonds/wsf-auf-einen-blick>
- Cassell, Mark, Michael Schwan und Marc Schneiberg (2023). *Bank Types, Inclusivity, and Payroll*
- Protection Program Lending During COVID-19. *Economic Development Quarterly* 37:3, S. 277–294.
- Demirović, Alex, Julia Dück, Florian Becker und Pauline Bader (Hrsg.). *VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA.
- Durand, Cédric (2021). »1979 in Reverse«. *Sidecar blog*, 01.06.21, <https://newleftreview.org/sidecar/posts/1979-in-reverse>
- Europäische Kommission (2023). *AMECO database*. Brüssel. https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-research-and-databases/economic-databases/ameco-database_en
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2023). »Bericht zu Corona. Die Pandemie kostete den Bund mehr als 440 Milliarden Euro«. *FAZ.net*, 22. April 2023. <https://t1p.de/6jbra>
- Gabor, Daniele, Ted Fertik und Tim Sahay (2023). »How Leftists Should Think About Bidenomics«. Interview by Daniel Denvir, *Jacobin online*, September 1, 2023. <https://jacobin.com/2023/09/bidenomics-industrial-policy-infrastructure-chips-left-response-derisking-workers-climate-china>
- Gerasimcikova, Alexandra (2023). »Der grüne Industriepan der EU ist ein Geschenk an die Konzerne«. *Jacobin online*, 30. März 2023. <https://jacobin.de/artikel/der-gruene-industriepan-der-eu-ist-ein-geschenk-an-die-konzerne>
- Haas, Tobias und Isabel Jürgens (2021). *Die europäische Landung auf dem Mond? Der European Green Deal als Projekt ökologischer Modernisierung*. *PROKLA* 202, S. 133–140.
- Schneider, Etienne und Felix Syrovatka (2020). *Corona und die nächste Eurokrise*. *PROKLA* 199, S. 335–344.
- Schwan, Michael (2021). »Germany: Money as a Substitute for a Plan«. In: *transform! Europe* (Hrsg.): *Economic Anti-Crisis Measures of EU Member States after the Outbreak of COVID-19 in 2020*, eDossier June 2021, Brüssel, S. 109–121.
- Schwan, Michael (2022). »Stronger than ever? The EU's Recovery and Resilience Facility and the German economy«. In: *transform! Europe* (Hrsg.), *The EU Recovery and Resilience Programmes after COVID-19. Delivering the reconstruction the EU needs?* eDossier October 2022, Brüssel, S. 60–65.

Swanson, Ana (2023). »The CHIPS Act Is About More Than Chips: Here's What's in It«. *New York Times*, 28 Feb 2023. <https://www.nytimes.com/2023/02/28/business/economy/chips-act-childcare.html>

United States Government Publishing Office (2023). GovInfo. Discover U.S. Government Information. <https://www.govinfo.gov/>